

II-237 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1827J

A N F R A G E

1983-07-22

der Abgeordneten Bergmann  
und Genossen  
an den Bundeskanzler  
betreffend Mißbrauch öffentlicher Einrichtungen für Zwecke  
einer Jugendorganisation der SPÖ Wien

Die Landeskonferenz der Jungen Generation in der SPÖ Wien behandelte am 19. und 20. März 1983 einen Antrag zur österreichischen Rüstungsproduktion.

In diesem Antrag spricht sich die Junge Generation in der SPÖ Wien dafür aus, Rüstungsproduktionen auf zivile Produkte umzurüsten und einen Finanzierungsfonds zur Umrüstung zu schaffen, dem zumindest 50 % der Netto-Gewinne aus der Rüstungsproduktion zufließen müßten.

Darüber hinaus fordert die Junge Generation in der SPÖ Wien von der Bundesregierung, daß diese sowohl im Bereich der Verstaatlichten Industrie als auch im Bereich der Konzernbetriebe der verstaatlichten Banken (Steyr) entsprechende Maßnahmen treffen möge, damit die Umrüstung auf zivile Produkte in diesen Unternehmungen innerhalb der nächsten fünf Jahre durchgeführt werden kann. Ebenso verlangt die Junge Generation in der SPÖ Wien das Verhindern der Verlagerung österreichischer Rüstungsproduktionen in ausländische Produktionsstätten.

In der Begründung dieses Antrages wird ausgeführt, daß "österreichische Unternehmen in zunehmenden Ausmaße versuchen, am Rüstungskuchen mitzunaschen". In der Folge wird in der Begründung vor allem die VOEST ALPINE und der Steyr-Konzern angegriffen, weil diese "in zunehmenden Ausmaß versuchen, die Rüstungsproduktion zu erweitern".

-2-

Diesen Antrag übersandte die Junge Generation in der SPÖ Wien mit Schreiber vom 28.6.1983 Staatssekretär, Dkfm. Lacina mit der Bitte, eine Stellungnahme zu diesem Antrag bekanntzugeben.

In der Folge erging mit dem Vermerk "dringend" ein Schreiben der Sektion IV des Bundeskanzleramtes am 8.7.1983 an eine größere Anzahl von österreichischen Industrieunternehmungen mit der Bitte, eine "grundsätzliche schriftliche Stellungnahme bis spätestens 25.7.1983" dem Bundeskanzleramt zu den Vorschlägen der Jungen Generation in der SPÖ Wien zur Thematik der Umrüstung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte zu übersenden.

Angesichts dieses völlig unverständlichen Tätigwerdens der Sektion IV des Bundeskanzleramtes als verlängerter Arm der Jungen Generation in der SPÖ Wien, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A N F R A G E :

1. Billigen Sie die Vorgangsweise der Sektion IV des Bundeskanzleramtes, die in einem Schreiben an zahlreiche österreichische Industrieunternehmungen diese ersucht hat, eine "grundsätzliche schriftliche Stellungnahme" dringend zu einem Antrag der Jungen Generation in der SPÖ Wien zur Thematik der Umrüstung der Rüstungsproduktionen auf zivile Produkte abzugeben?
2. Was werden Sie dagegen unternehmen, daß - wie in diesem Fall aufgezeigt - Bundesdienststellen Handlangerdienste für politische Parteien leisten?